

Aufruf: 60 Tage zur Rettung der Autoindustrie!

Die 60 Tage, die Präsident Obama als Frist für GM gesetzt hat, sind ein Zeitrahmen, der - nicht nur für die Autoindustrie - genutzt werden muß. Bitte helfen Sie mit bei dieser Mobilisierung und zirkulieren Sie den folgenden Aufruf an die Bundesregierung weitmöglichst!

Nur eine offenbar völlig inkompetente Person wie der Berliner Finanzsenator und künftige Bundesbankvertreter Thilo Sarrazin (SPD) kann sich zu der Aussage versteigen, niemand brauche Opel, denn es gäbe ja noch genug andere Autos! Leider aber steht Sarrazin exemplarisch für das intellektuelle und moralische Versagen der heutigen 68er „Elite“ von Politik, Banken und angeblichen Wirtschaftsexperten - die allesamt keine Ahnung von den Prinzipien der physischen Ökonomie haben, und die offenbar vor allem immer noch ihre eigenen Pfründe verteidigen wollen.

Es geht nicht darum, das eine oder das andere Auto zu kaufen - sofern man sich das in Zukunft überhaupt noch leisten kann - sondern darum, die unverzichtbaren produktiven Kapazitäten des Autosektors zu retten! Werden diese Kapazitäten jetzt auch noch „abgewrackt“, dann verlieren nicht nur viele Hunderttausende Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz und ihre Familien die Existenzgrundlage, sondern wertvolles technologisches Potential, das dringend für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach dem Finanzkollaps gebraucht wird, wird zerstört.

Die Autoproduktion kann jederzeit für den Bau von Traktoren, Ernte- und Sämaschinen, für moderne Infrastrukturtechnologien wie den Cargocap (Nahverkehr), den Transrapid (Nah- und Fernverkehr), Schleusen, Komponenten für den Kernkraftwerksbau umgerüstet werden - alles Dinge, auf die Afrika und viele andere Nationen der Welt angewiesen sind. Der Bedarf an all diesen Gütern ist riesig. Das einzige, was heute dazu fehlt, ist der politische Wille zur Schaffung eines neuen weltweiten Kreditrahmens mit staatlicher, produktiver Kreditschöpfung und langfristigen 25-50jährigen, zwischenstaatlich abgesicherten Verträgen, bei denen wir die Güter liefern und Rohstoffe erhalten.

In Europa arbeiten insgesamt gegenwärtig - noch - 4,5 Millionen Menschen im Automobilssektor - die Hälfte davon in der Produktion, ein Viertel in Zuliefererbetrieben und noch einmal ein Viertel im KFZ-Gewerbe. In Deutschland arbeiten allein bei Opel ca. 30.000 Menschen, und 100.000 sind es, wenn man die Zulieferer mitzählt. Alle Arbeitsplätze im Autosektor sind akut bedroht - wie die dramatischen Produktions- und Absatzeinbrüche bei den Autofirmen weltweit zeigen. Daran ändern auch Strohhalm wie „Abwrackprämien“

nichts. Und alle bisherigen Vorschläge, auch die einer weitgehenden Staatsbeteiligung, lassen die Gretchenfrage außen vor, nämlich, langfristige, neue Märkte zu schaffen. Denn daß die Lösung nicht ist, einfach weiter Autos zu bauen, und seien es noch so „umweltschonende“, dürfte ja wohl klar sein.

Wenn man jetzt - wie im aktuellen Fall von Opel - „Investmentbanker, Wirtschaftsexperten“ und Personen wie Finanzstaatssekretär Jörg Assmussen, der Deutschland maßgeblich für den Verbriefungsmarkt geöffnet hat, als Verhandlungsteam für Opel nach Washington schickt, dann kann das nur im Desaster enden. Und sollte auch noch ein Vertreter des Investmenthauses Lazard dabei sein, wie die Süddeutsche Zeitung am 3. April berichtet, dann hat man damit genau die berüchtigten Finanzkreise eines Felix Rohatyn am Hals, die schon bei der GM-Delphi Katastrophe in den USA federführend waren und den Plan von 2005 von Lyndon LaRouche für die Rettung und Rekonversion der Autoindustrie sabotierten.

Eben dieser Felix Rohatyn klopfte, zusammen mit dem Lazard-Vertreter in Deutschland, John Kornblum, über die „Transatlantische Bürgermeisterinitiative“ ab 1999 deutsche Städte und Kommunen für die Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung weich. Die verheerenden Resultate, für die heute der Steuerzahler aufkommen muß, sehen wir an den Auswirkungen des AIG-Bankrottes, denn die Kommunen verschachtelten ihre Infrastruktur über sog. Cross-Border-Leasing-Verträge an amerikanische

Investoren. Und Lazard war an vorderster Front daran beteiligt, das deutsche Sparkassen- und Landesbankenwesen unter Beschuß zu nehmen.

Es ist eine rein politische Entscheidung, wohin jetzt die Reise geht. Und um die richtige Entscheidung herbeizuführen, brauchen wir eine breite Mobilisierung der Bevölkerung für das richtige Programm! Die BüSo hatte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 das Projekt des „Produktiven Dreiecks Paris-Berlin-Wien“ vorgelegt - als Motor für den Wiederaufbau und die Modernisierung des veralteten Industriepotentials in Osteuropa und den Ländern der früheren Sowjetunion. Hier befand sich damals die höchste Dichte an gut ausgebildeten Arbeitskräften, Infrastruktur, Energieversorgung und vor allem ein produktiver Werkzeugmaschinenbau, der

Verpassen Sie nicht das
nächste Internetforum mit
Lyndon LaRouche
am **28. 04. 2009**,
um **19.00 Uhr !**
www.bueso.de

**Video: Welche Ansichten
hatte John Maynard Keynes?**
<http://bueso.de/node/7238>

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384 Berlin: 030-8023405
Baden-Württemberg: 0711-6773726 NRW: 0201-3619753
Niedersachsen: 0176-63291447 Bayern: 089-7254011
Hamburg: 040-18200658 Sachsen: 0351-4278140

www.bueso.de

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

weltweit seinesgleichen suchte. Vergleichbare Werkzeugmaschinenbaukapazität gab es ansonsten nur noch in Japan und teilweise, damals noch, in den USA.

Es war die politische Entscheidung unter Federführung von Margret Thatcher und Francois Mitterrand für die IWF-Schocktherapie nach 1989, die erzwungene Deregulierung und Privatisierung, die in Ost- und West Industrien und ganze Nationen ruinierte - keine „Naturkatastrophe“! Internationale Finanzinvestoren drängten sich der Treuhand in Ostdeutschland auf, schlachteten, mit Staatsgeldern unterstützt, die Kapazitäten aus, und schlugen damit die Bresche für die kommende spekulative Zerstörung des produktiven Sektors in Deutschland, in Europa und Rußland, mit deren Folgen wir jetzt konfrontiert sind.

Wenn wir in Europa das noch verbliebene produktive Potential im Autosektor jetzt nicht verteidigen, sind Deutschland und Europa bald völlig am Ende. Und dann gibt es die produktiven Technologien, den Maschinenbau und das Know-How einfach nicht mehr, mit dem wir die Welt nach einem geordneten Konkursverfahren für das bankrotte Weltfinanzsystem wieder aufbauen könnten. Dann ist genau die Quelle versiegt, die den wissenschaftlich-technologischen Fortschritt in die Produktion lebensnotwendiger Güter übersetzen kann. Und dann wird die erhaltbare Bevölkerungsdichte sehr bald auf weniger als die Hälfte der heutigen Weltbevölkerung fallen. Wollen Sie eine solche Zukunft vermeiden, dann helfen Sie, diesen Aufruf zu zirkulieren!

Die 60 Tage, die Präsident Obama als Frist für GM gesetzt hat, sind ein Zeitrahmen, den es - nicht nur für die Autoindustrie - zu nutzen gilt. Wir fordern deshalb die deutsche

Regierung, ebenso wie die anderen europäischen Regierungen dringend auf, die folgenden Schritte einzuleiten:

- 1) Keine weiteren Milliarden an Steuergeldern oder Geldern aus der Druckerpresse der Notenbanken an bankrotte Banken und Spekulanten!
- 2) Konkursverfahren der bankrotten Banken nach den jeweils geltenden nationalen Gesetzesvorschriften:
 - Weg mit dem Giftmüll in den Bilanzen
 - Stattdessen staatliche Sicherung der Einlagen von Sparern und volkswirtschaftlich wichtiger Leistungen wie Löhnen, Renten und Kreditlinien an Unternehmer!
- 3) Sofortige und schonungslose Untersuchung von Korruption und Verantwortung für die Finanzkrise; keine vorbelasteten Personen in wichtigen Gremien!
- 4) Die Erschließung neuer Märkte für den Autosektor durch produktive Staatskredite für große, länderübergreifende Infrastrukturprojekte mit staatlichen (Hermes-) Bürgschaften
- 5) Im Rahmen solcher Projekte die sofortige Rekonversion eines großen Teils des Autosektors zur Produktion von Gütern wie dem Transrapid, Cargocaps, Kernkraftwerken, Traktoren, Erntemaschinen, Bulldozern etc.
- 6) Ein neues Weltkreditsystem zwischen souveränen Nationen (Bretton Woods II) unter Beachtung der Prinzipien der Physischen Ökonomie, wie es historisch Franklin D. Roosevelt mit dem New Deal in Amerika verwirklichte, und wofür heute der amerikanische Ökonom und Staatsmann Lyndon LaRouche steht.

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift diesen Aufruf an die Bundesregierung.

Vorname, Name: _____ Straße, Hausnr.: _____

Titel, Amt, Organisation: _____ PLZ, Ort: _____

Unterschrift: _____

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

Ja, ich möchte weiter über die Kampagne informiert werden.

Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:
 Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Landesbank Rheinland-Pfalz, BLZ: 550 500 00, Kto.Nr.: 1100 577 91

Telefon: _____ E-mail: _____